

# PRIVATE

Das Geld-Magazin

PRIVATE  
Vordergasse 61  
8200 Schaffhausen  
052 622 22 11  
verlag@private.ch  
www.private.ch

## Medienpreis für Finanzjournalisten 2012

*Pressemappe*

Preisverleihung im Hotel Savoy Baur en Ville in Zürich, 10. Mai 2012

**KENDRIS**  
THE WEALTH OF  
INDEPENDENCE

**ING** 

 **UBS**

**DZ PRIVATBANK**

**BLACKROCK**  
INVESTING FOR A NEW WORLD™  
 **BLACKROCK**  
SOLUTIONS

 Liechtensteinische  
Landesbank<sup>1861</sup>

 **Incore**  
SWISS BANKING SERVICES

**BÄR  
& KARRER**

Frankfurter  
**Bankgesellschaft**  
PRIVATBANK | Zürich | Frankfurt

 **IYSKE BANK**  
PRIVATE BANKING

**ADVOKATURBÜRO**  
Dr. iur. et lic. oec. Norbert Seeger · Rechtsanwalt  
Vaduz · Fürstentum Liechtenstein

 **threadneedle**  
investments

**BELLECAPITAL**  
International

 **Bank Linth**

 **BNP PARIBAS**  
INVESTMENT PARTNERS

**PRIVATE**  
Das Geld-Magazin

**Jefferies**

**source**

## 11. Verleihung des Medienpreises für Finanzjournalisten

Der Finanzplatz ist der wichtigste Wirtschaftssektor der Schweiz. Um die Arbeit derjenigen Journalisten zu würdigen, die sich mit dieser schwierigen Materie befassen, wurde im Jahr 2002 der «Medienpreis für Finanzjournalisten» ins Leben gerufen. Initiator des Medienpreises ist das Geld-Magazin PRIVATE. Die Preissumme beträgt jeweils mindestens Fr. 20'000.–. In Frage kommen Fachartikel und Sendungen rund um das Private Banking, Bank- und Finanzfragen sowie Steuer- und Fiskalpolitik.

### Die Nominierten 2012 (Print und TV/Radio)

#### Print

Urs Aeberli (Handelszeitung), Daniel Ammann (Weltwoche), Bernhard Bircher-Suits (K-Geld), Carolyn Braun und Marcus Pfeil (Brand eins), Jorgos Brouzos (Handelszeitung), Harry Büsser (Bilanz), Alice Chalupny und Victor Weber (SonntagsZeitung), Jörg Eigendorf und Sebastian Jost (Welt am Sonntag), Lukas Hässig (Inside Paradeplatz), Stefan Hajek (WirtschaftsWoche), Ulrich Hanke (WirtschaftsWoche), Peter Hody (Stocks), Olivia Kühni (Handelszeitung), Martin Lanz (NZZ), Armin Müller (Handelszeitung), Michael Rasch (NZZ), Hansjörg Ryser (Bilanz), Myret Zaki (Bilan)

#### TV/Radio

Katharina Deuber (Cash TV), Liz Horowitz (SF1 Eco), Marcel Sigrist (SF1 Eco), Alexandra Stühff (SF1 Eco), Hansjürg Zumstein (SF1)

### Die Gewinner 2012 (Print)

- **1. Preis:** Zoé Baches (NZZ)
- **Ehrenpreis:** Dominique Strelbel und Martin Vetterli (Beobachter)

### Die Gewinner 2012 (TV/Radio)

- **1. Preis:** Reto Gerber und Andreas Kohli (SF1 Eco)
- **Ehrenpreis:** Dr. Beat Soltermann (Schweizer Radio DRS)

# PRIVATE

Das Geld-Magazin

## Die Jury 2012

- **Prof. Dr. Otfried Jarren**, Ordinarius für Publizistikwissenschaft, Prorektor der Universität Zürich (seit 2008), Direktor des Instituts für Publizistikwissenschaft und Medienforschung (1998 bis 2008); Vorsitzender der Jury
- **Prof. Dr. Hans Rainer Künzle**, Partner, Kendris AG
- **Dominique Gerster**, Mediensprecher, UBS AG
- **Dr. Thomas Mächtel**, Leiter Sales and Marketing, LLB Asset Management
- **Alfonso Papa**, Geschäftsführer, ING Investment Management Schweiz
- **Dr. Christian Gast**, BlackRock Asset Management Schweiz AG / Leiter iShares Schweiz
- **Bigna Pallioppi**, Leiterin Marketing und PR, InCore Bank AG
- **Gabriella A. Bättig-Macor**, Managing Director, Jefferies (Switzerland) Ltd
- **Dr. Armin Schuster**, Bereichsleiter Kommunikation, DZ Privatbank (Schweiz) AG
- **Christian Trixl**, Direktor, Threadneedle Schweiz
- **Stephanie Comtesse**, Rechtsanwältin, Bär & Karrer
- **Dr. Norbert Seeger**, Geschäftsleiter, Advokaturbüro Dr. Seeger und ArComm
- **Dr. Nikodemus Herger**, Leiter Marketing und Kommunikation, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG
- **Luc Schuurmans**, Mitglied der Geschäftsleitung Private Banking, Bank Linth
- **Stéphane J. Casagrande**, Head of Pension Funds, BNP Paribas Investment Partners
- **Michael Petersen**, Head of Private Banking, Jyske Bank (Schweiz) AG
- **Michel Guignard**, Managing Partner, Bellecapital International AG
- **Tibor I. Mueller**, Director Schweiz / Liechtenstein, Source, London
- **Dr. N. Bernhard**, Herausgeber PRIVATE

## Laudationes zum Medienpreis für Finanzjournalisten 2012

**Von Prof. Dr. Otfried Jarren**

*Ordinarius für Publizistikwissenschaft, Prorektor der Universität Zürich (seit 2008)*

*Direktor des Instituts für Publizistikwissenschaft und Medienforschung (1998 bis 2008)*

### 1. Preis für Finanzjournalisten 2012, Kategorie TV/Radio:

#### **Reto Gerber und Andreas Kohli, SF1 Eco: «Staatsbankrott – ein Fiasko mit Tradition»**

Die Jury des Medienpreises für Finanzjournalisten verleiht den 1. Preis in der Kategorie Fernsehen und Radio für das Jahr 2012 an Herrn Reto Gerber und Herrn Andreas Kohli für ihren Beitrag «Staatsbankrott – ein Fiasko mit Tradition». Es handelt sich um einen Beitrag, der im Rahmen des Magazins «Eco» vom Schweizer Fernsehen ausgestrahlt wurde.

Ein Rückblick: «Die Euro-Krise, das ist gewiss, ist noch nicht ausgestanden. Griechenland, Irland, Spanien und Portugal hatten und haben offenkundige Stabilitätsprobleme, aber auch andere Staaten in der EU-Zone sind hoch verschuldet und haben Strukturprobleme. Und selbst die wirtschaftsstarken Länder haben, um den Euro zu retten, sich für den Fall der Fälle stark ökonomisch verpflichten müssen. Der aus dem Steueraufkommen bezahlte «Rettungsschirm» ist zwar gespannt, aber er allein wird sicher nicht die mit dieser Krise bereits heute verbundenen politischen wie sozialen Probleme lösen können. Sollte er gar in Einsatz gebracht werden müssen, so sind die Folgen kaum sicher abschätzbar.»

So hiess es vor gut einem Jahr in der Laudatio über den Beitrag «Der Euro am Abgrund». Und mit dieser Laudatio wurde 2011 der Fernsehbeitrag von Hansjürg Zumstein gewürdigt. Das Thema blieb – und bleibt wohl auch weiterhin – aktuell, was sich an den Einreichungen zum diesjährigen Finanzjournalistenpreis zeigte.

Mit dem Euro befassen sich die Fernsehmacher Gerber und Kohli zwar auch, aber sie gehen in ihrem sehr gelungenen Beitrag über die aktuellen Probleme hinaus: Sie befassen sich, in historischer Absicht, mit dem Entstehen und dem Bewältigen von Staatsbankrotten. Und diese kamen, so lernen wir, immer wieder vor, mit zum Teil erschreckenden Folgen.

Der Beitrag beruhigt und verunsichert gleichermassen: Er «beruhigt», weil wir mitgeteilt bekommen, wie viele Staaten bereits den einen oder anderen Staatsbankrott hinter sich gebracht haben – und diese Staaten sind, zumindest in der Neuzeit, dennoch auf der politischen Landkarte geblieben. Der Beitrag «verunsichert» aber auch: Es wird deutlich, wie lasch und lax politische Verantwortungsträger mit den ihnen übertragenen finanziellen Aufgaben umgegangen sind und auch heute umgehen. Und es wird deutlich, wie Politiker das Kapital und Vermögen anderer – zum Teil in einer hemmungslosen Weise – vernichten, und wie sie damit in die Lebensplanung von zahllosen Menschen massiv eingreifen.

Spanien, so erfahren wir, war bereits dreizehn Mal zahlungsunfähig, Frankreich und Deutschland waren acht Mal bankrott und Griechenland hat es auf immerhin fünf Staatsbankrotte gebracht. Es gibt aber auch eine kleine Zahl an Staaten, die ohne Bankrott dastehen – die Schweiz gehört dazu.

Staatsbankrotte: In der vormodernen Welt entledigten sich die Herrscher vielfach ihrer Financiers, wenn sie keine Zinszahlungen mehr leisten konnten oder wollten. Brutal wurde dann gegen diejenigen vorgegangen, deren Geld man zuvor dringlich erbat. In modernen Staaten kann man sich zwar nicht mehr auf diese Weise seiner Geldgeber entledigen, aber man kann sie zu «Staatsfeinden» erklären, sie mit Hilfe von Polizei und Justiz verfolgen lassen, vor allem aber kann man sie enteignen oder zum Verzicht zwingen. Auffällig ist dabei ein bestimmtes Verhaltensmuster: Zunächst werden Financiers gelockt und umworben, und wenn dann die Krise droht, werden sie für die politisch erzeugte Misere öffentlich verantwortlich gemacht. Vielfach aber, und das zeigt der Beitrag von Gerber/Kohli, arbeiten Gläubiger und

# PRIVATE

Das Geld-Magazin

Schuldner ab und an doch zu eng zusammen, so, wenn sie der Bevölkerung oder weiteren möglichen Investoren das Märchen von einer neuen Welt erzählen, die den einen viel Wohlstand und den anderen viel Gewinn durch Kredite an die Staaten verspricht.

Wohlstand auf Pump durch Staatsanleihen: Politiker wollen an der Macht bleiben, schieben sogenannte Modernisierungs- oder Investitionsprogramme an, stellen Geld für Schlüsselindustrien bereit oder lassen Siedlungen und ganze Städte entstehen. Doch statt moderner Hochtechnologie bleiben vielfach Industriebrachen zurück, menschenleere Geisterstädte und Flughäfen roتنen, so in Spanien, vor sich hin. Mit Steuern und geliehenem Geld wurden und werden Arbeitsbeschaffungsmassnahmen im Baubereich organisiert, es entstehen Flughäfen und Wohnstädte, die eigentlich gar nicht benötigt werden. Dank mancher EU- oder nationalstaatlicher Anreizprogramme wurde und wird in die Verkehrsinfrastruktur auch in peripheren Lagen investiert – was zu Betonwüsten, riesigen Autobahnkreuzen und genormten Sandstränden führt, die bei den Touristen vielfach überhaupt nicht auf Gegenliebe stossen – und den Einheimischen allenfalls ein Strohfeuer an Beschäftigung ermöglicht haben.

Waren es über lange Zeit vor allem Kriege oder Kolonialinteressen, die die Staaten finanziell überforderten und die Zahlungsunfähigkeit herbeiführten, so sind es heute Investitionen in vermeintliche Zukunftsbereiche – wie eben den Massentourismus oder die Erschliessung von Randregionen. Politik bedient dabei Wählergruppen und die Landesteile: Gleiche Bedingungen sollen geschaffen werden. Gleiche Bedingungen schaffen, das treibt staatliche wie politische Akteure an, und weil Umverteilung nicht immer beliebt ist, müssen neue Mittel mobilisiert werden. Die Wähler werden es danken. Die Formen des Stimmenkaufs sind uns bestens bekannt, allerdings hat man noch keine wirksamen Mittel dagegen gefunden – mit Ausnahme von Schuldenbremsen, die aber noch längst nicht in allen Ländern in die Verfassung oder Gesetzgebung aufgenommen worden sind. Schuldenbremsen sind nötige Instrumente, um die Wählerbeutepolitik politischer Akteure zumindest zu behindern. Die Umgehungsstrategien sind aber auch bekannt, und es fällt immer wieder leicht, auf die derzeit bestehende schwierige Situation zu verweisen, die eben nun Staatsmittel und neue Schulden geradezu verlangen würde. Danach aber, das sei versprochen, wird alles zurückgezahlt.

In modernen Staaten macht man die Bevölkerung zu Mitwirkenden am Projekt der Staatsverschuldung, so indem mittels staatlicher Programme Arbeit, Einkommen und steigender Wohlstand versprochen wird. Staatsanleihen werden aufgelegt und warm den eigenen Landsleuten, wie aber generell allen Marktakteuren angepriesen. Wenn das nicht überzeugend klappt, so helfen andere Massnahmen: Um die Bevölkerung ganz und gar auf diesem Weg mitzunehmen, bläht man den öffentlichen Dienst auf, verspricht immer mehr und immer bessere Services. Und, das können wir von Griechenland lernen, man kann sogar einen nennenswerten Teil der Parteimitglieder im Staatsdienst unterbringen. Auf wundersame Weise wird die politische Mehrheit im Lande stillhalten, wenn immer neue Schulden gemacht werden sollen oder müssen, weil sie im Moment davon profitieren.

Dann kommt das böse Erwachen: Jeder Schuldenschnitt kostet – nicht allein Geld. Es geht Vertrauen verloren, nicht nur in einzelne politische Akteure oder Parteien, denn die wären ja ersetzbar, nein, es geht Vertrauen verloren in staatliche Organisationen oder in demokratische Institutionen. Und unter Vertrauensverlusten haben derzeit nicht allein einzelne Nationalstaaten, die Schuldensünder, zu leiden, sondern das Modell der modernen Staatsfinanzierung büsst an Vertrauen ein: Staatsanleihen, die lange Zeit als sicher galten, werden nun mehr und mehr kritisch hinterfragt. Wenn aber erst einmal institutionelles Misstrauen entstanden ist, wird das Verhalten kollektiver wie individueller Akteure kaum mehr sicher prognostizierbar sein.

In ihrem Fernsehbeitrag zeigen die beiden Autoren am Beispiel Argentiniens auf, zu welchen Gewalttaten, zu welcher (Selbst-)Zerstörungswut und zu welchen Folgen ein Staatsbankrott führen kann. Staatsbankrotte haben eben nicht nur massive materielle Folgen, sondern sie erschüttern institutionelle staatliche und gesellschaftliche Grundlagen. Verlorengegangenes Vertrauen lässt sich nicht so schnell wieder aufbauen. Die Folgen, und das zeigt der Beitrag eindrücklich, können massiv sein für ganze Bevölkerungsgruppen und über lange Zeiträume hinweg.

Die Krise in einigen Euro-Staaten ist nicht überwunden. Der Staatsbankrott einzelner Länder mag dank vorab bereits angekündigter Rettungsmassnahmen hinausgezögert werden können, aber alle diese Massnahmen werden nicht verhindern, dass Vertrauen in die Zukunft verloren geht. Vor allem die hohe und anhaltende Jugendarbeitslosigkeit in den Euro-Krisenländern, so in Spanien oder Italien, wird, jenseits der Bankrottfrage, nicht ohne Konsequenzen bleiben für die soziale und damit auch die ökonomische Stabilität von zentralen europäischen Regionen und Staaten. Neue staatliche Schulden zur Bekämpfung dieses Phänomens dürften allerdings wenig bringen, denn ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, ohne ihr Zukunftsvertrauen in die eigenen Potenziale und Möglichkeiten, werden auch diese Mittel versanden. Vor allem aber dürfte es immer schwieriger werden, andere als staatliche Akteure für die Bereitstellung von Mitteln zu gewinnen. Die Finanzierung über Staatsanleihen hätte dann partiell ausgedient.

Dem Autorenteam Reto Gerber und Andreas Kohli gelingt es in überzeugender Weise, das Thema Staatsbankrotte zu thematisieren. Die historische Rückschau macht deutlich: Die staatliche Zahlungsunfähigkeit ist wahrlich kein neues Phänomen. Deutlich wird aber auch, dass aufgrund von Globalisierung und Vernetzung die Folgen von Staatsbankrotten heute existentieller werden könnten als bis anhin bekannt. Die Euro-Krise ist eben keineswegs ausgestanden, und Kettenreaktionen sind durchaus vorstellbar.

Die Jury war übereinstimmend sehr überzeugt von diesem gut gestalteten und exzellent bebilderten Beitrag. Ein kompliziertes Thema wird einem breiten Publikum in überzeugender und kompakter Weise nahe gebracht. Der im Magazin «Eco» erschienene Beitrag verdient daher höchstes Lob. Zugleich soll mit dieser Preisverleihung der gesamten Redaktionsmannschaft von «Eco», die jüngst ihre 200. Sendung ausstrahlen konnte, Anerkennung für ihr überzeugendes journalistisches Wirken zugesprochen werden.

### **Ehrenpreis für Finanzjournalisten 2012, Kategorie TV/Radio:**

#### **Dr. Beat Soltermann, Schweizer Radio DRS, Echo der Zeit: «Kampf fürs US-Bankgeheimnis»**

Die Jury des Medienpreises für Finanzjournalisten verleiht einen Ehrenpreis in der Kategorie Fernsehen und Radio für das Jahr 2012 an Herrn Beat Soltermann, Korrespondent von DRS in den USA, für seinen Beitrag über das Bankgeheimnis in den USA in der Sendung «Echo der Zeit».

Mit Macht und Druck sind die Vereinigten Staaten von Amerika dabei, nach Steuerschlupflöchern Ausschau zu halten und sich den Zugriff auch auf persönliche Daten ihrer im Ausland arbeitenden und lebenden Staatsbürger zu verschaffen. Im Ausland sieht die US-Administration die «Probleme», die beseitigt werden sollen. Mit dem Argument, dass vor den Steuergesetzen alle gleich sein sollen, und unter Hinweis auf ihre nationalen Sicherheitsvorstellungen, wird deshalb massiv auf Private wie aber auch auf Staaten Druck ausgeübt. Regelungen Dritter werden dabei nicht akzeptiert oder gar beim Vorgehen gegen vermeintliche Steuersünder ausgehebelt.

Die US-amerikanischen Behörden lassen in der Tat, um einen in der Schweiz als geflügeltes Wort eingeführten Sachverhalt aufzugreifen, ihre Kavallerie gegen die vermeintlichen Steuersünder reiten. Die Kavallerie reitet dabei gegen die eigenen Cowboys. Das amerikanische Transparenz- wie Auskunftsverlangen steht in einem krassen Gegensatz zur Praxis im eigenen Lande. Beat Soltermann

zeigt in seinem Beitrag am Beispiel des Bundesstaates Florida auf, wie wichtig den dortigen Banken das anonyme Geschäft mit den Kunden, vielen davon kommen aus Südamerika, war und ist. Der Schutz der Privatsphäre wird dort uneingeschränkt gesichert und man pflegt das Bankkundengeheimnis nach Kräften. Immerhin, das wird im Beitrag von einem befragten Banker deutlich ausgesprochen, tragen die dort vorhandenen Einlagen dazu bei, dass die heimische Wirtschaft mit Krediten versorgt werden kann.

Auskünfte gegenüber ausländischen Behörden müssen die in diesem Gliedstaat ansässigen Banken keine geben. Und dieser Sachverhalt wird von der politischen Mehrheit in diesem amerikanischen Gliedstaat anhaltend gestützt. Dennoch: Die Obama-Administration geht zunehmend gegen die eigenen «Steuer-Oasen», so auch jene in Florida, vor. Bislang allerdings ohne wirkliche Folgen. Innen- und Aussenpolitik sind eben bei dieser Grossmacht zwei unterschiedliche Paar Schuhe.

Das DRS-Magazin «Echo der Zeit» brachte mit diesem Beitrag von Beat Soltermann ein eindrückliches Stück inmitten der laufenden Debatte über das Schweizer Bankkundengeheimnis wie im Zusammenhang mit den laufenden Staatsvertragsverhandlungen. Der Beitrag ist eindrücklich, weil gezeigt wird, wie die USA bezüglich des Bankkundengeheimnisses mit unterschiedlicher Elle messen. Während gegenüber anderen bestimmte Regeln verlangt und vermeintliche Regelverletzungen zum Teil auch mit grosser Härte verfolgt werden, toleriert man im eigenen Land Steueroasen. Die amerikanische Administration agiert also nicht nach einheitlichen normativen Grundsätzen, sondern verfolgt ihre Interessen gemäss dem Opportunitäts- und Machtprinzip. Mit der Rechtsstaatlichkeit ist es in den USA also nicht weit her. Dieses Vorgehen, auch aus anderen Politikbereichen bekannt, schadet der Glaubwürdigkeit US-amerikanischer Grundsätze wie Initiativen.

Soltermanns Beitrag, als Feature konzipiert, lebt von anregenden O-Tönen und überzeugt durch eine klare Linie. Die Jury war angetan von der fachjournalistischen Leistung. Der Beitrag lädt zum Zuhören ein, ja er zwingt – wie es ein Jurymitglied betonte – zum Zuhören. Das alte Dampfradio hat uns also noch etwas zu sagen, zumal dann, wenn kompetente Beiträge dargeboten werden.

## **1. Preis für Finanzjournalisten 2012, Kategorie Print:**

### **Zoé Baches, NZZ: «Steuerstreit mit den USA»**

Die Jury des Medienpreises für Finanzjournalisten verleiht den 1. Preis in der Kategorie Print für das Jahr 2012 an Frau Zoé Baches für ihre Trilogie über den Steuerstreit mit den USA und dessen Folgen für das Schweizer Private Banking. Die drei Beiträge sind im Herbst 2011 und im Frühjahr 2012 im Wirtschaftsband der «Neuen Zürcher Zeitung» erschienen.

Sehr systematisch analysiert die Autorin die von US-amerikanischen Stellen eingeleiteten Untersuchungsverfahren gegen Schweizer Banken und die Reaktionen der Repräsentanten von Schweizer Banken darauf. In ihrer Sicht haben vor allem gewichtige Repräsentanten der Banken den Machtpoker nicht durchschaut bzw. das Spiel recht früh und zu Lasten des praktizierten klassischen Private-Banking-Modells verloren gegeben. Die Rechtslage war über lange Zeit klar: Ohne Lizenz durften keine Kunden auf dem amerikanischen Territorium beraten werden – gegen diese Regelung aber wurde verstossen. Allerdings war dieser Verstoss nicht sonderlich folgenreich.

Und auch das war klar: Die Annahme unverteuert Geldes versties – wenn damit nicht eine systematische Betrugsabsicht verbunden war – weder gegen amerikanisches noch gegen schweizerisches Recht. Doch wurde dieser Sachverhalt in der Zeit ab den Jahren 2007/2008 zu einem politischen und vor allem zu einem moralischen Problem gemacht – mit politisch-rechtlichen Folgen sodann.

Wie bekannt, entschied sich die UBS zur Amtshilfe gegenüber US-amerikanischen Instanzen und gab die Daten von über 200 vermögenden US-Kunden preis. «US-Kunden», so Frau Baches, «deren Gelder auf Anraten der UBS zur – legalen – Umgehung des Qualified-Intermediary-Abkommens in eine

# PRIVATE

Das Geld-Magazin

Vermögensverwaltungsgesellschaft überführt worden waren, wurden nun rückwirkend als Steuerbetrüger eingestuft. Diese Kunden, so die Argumentation, hätten diese Konstrukte bewusst gewählt, um nicht nur die US-Steuerbehörden, sondern auch die UBS über ihre wahre Absicht zu täuschen, nämlich ihre Steuern nicht zu bezahlen». Durch diese Massnahme wurden die Kunden zu Betrügern und die UBS konnte ihren «Fall» bereinigen. Aber in der Folge waren andere Schweizer Banken betroffen, die sich teilweise dieser – wie auch anderer – US-amerikanischer Kunden angenommen hatten. Deshalb wurde, wie Frau Baches in einem ganzseitigen Beitrag in der NZZ titelt, der «Fall UBS zum Fall Schweizer Private Banking» generell. Denn nach der Entscheidung der UBS machten sich eine Reihe von UBS-Kundenbetreuern selbständig oder sie wechselten die Bank und arbeiteten mit ihren vormaligen UBS-Kunden weiterhin zusammen. Und für diese Geschäfte wurden gut zehn Banken in der Schweiz als Depotbanken tätig.

Die Banken waren an diesen zusätzlichen Kundengeldern auch aufgrund der damaligen Wirtschaftslage sehr interessiert – und zudem waren und sind Offshore-Gelder attraktiv. Das zumal dann, wenn man sie in hauseigenen Fonds anlegen kann. Vielfach konnten so, wie Baches zeigt, Gebühren zwischen zwei und zweieinhalb Prozent verrechnet werden. Die Geschäfte mit den US-Kunden wurden als attraktiv, und die Risiken wurden – trotz des «Falls UBS» und trotz der Entscheidung der Credit Suisse – als relativ gering angesehen. Denn noch 2007 und 2008 hatte der Bundesrat stets bekräftigt, dass das Bankkundengeheimnis weiterhin Bestand haben und Teil aller internationalen Vereinbarungen bleiben würde. Diese politische Einschätzung sollte sich aber lediglich als ein Wunschdenken erweisen.

Die krisenhafte Zuspitzung des Konflikts zwischen der UBS und den USA, die mit der Herausgabe von Daten endete, und der Umstand, dass diese Herausgabe auch politisch und rechtlich sanktioniert wurde, wirkte sich dann auf die anderen bzw. neu involvierten Banken und auf die Berater aus. Offshore-Geschäfte gerieten verstärkt in die Kritik. Auch die – rechtlich korrekte – Annahme von un versteuertem Geld wurde mehr und mehr zu einem internationalen Thema aufgrund der wachsenden Budgetsorgen der europäischen Staaten wie aber auch der USA. Zudem zeigte auch der wachsende Druck bezüglich einheitlicher Standards für das Bankengeschäft der OECD Wirkung. Massgeblich für den raschen Wandel der öffentlichen Meinung dürfte aber auch der Sachverhalt gewesen sein, dass mit un versteuertem Geld auch Geldwäscherei und somit Terrorismusfinanzierung in Verbindung gebracht wurde. Steuerbetrug wurde als eine Form oder als eine «Vortat zur Geldwäscherei» angesehen. Und Geldwäscherei ist ein Delikt, das in den meisten demokratischen Ländern systematisch verfolgt wird.

Der von der UBS gewählte Problemlösungsweg während ihrer Krisenphase, so mutmasst die Autorin, habe in der Folge dann das Problem für alle Schweizer Banken erst entstehen lassen. «Die UBS hoffte wohl, so (durch die Weitergabe von 285 Kundendossiers an US-amerikanische Stellen, O.J.) das Problem endgültig zu lösen. Stattdessen schlug dieser Weg letztlich eine grosse Bresche für die US-Steuerbehörden.» Dies war, so bleibt hinzuzufügen, aber wohl nur möglich, weil sich in dieser Zeit auch die öffentliche Meinung gewandelt hatte: Geldgeschäfte auf fremden Territorien und die bereitwillige Annahme von Geld ohne vertiefte Nachprüfung – das stiess vor dem Hintergrund der Schuldenkrise in vielen Nationalstaaten und der Krise weltweit massgeblicher Banken auf eine geringere Akzeptanz. Und es kommt hinzu, dass die Fragen nach der Finanzierung der international agierenden Terrornetzwerke auch den Blick auf global tätige Finanzintermediäre gelenkt haben dürfte.

Es ist Frau Baches gelungen, in dieser Trilogie die Ereignisse eines längeren Prozesses sachkompetent nachzuzeichnen und zu bewerten. Die Jury anerkennt mit diesem Preis vor allem auch die Rechercheleistung der Autorin. Auch wenn ihr nicht alle Materialien und Quellen zur Verfügung gestanden haben dürften, so ist es ihr doch gelungen, wesentliche Akteure und Prozesse darzustellen. Die kritische Reflexion der dargestellten Ereignisse überlässt sie dabei den Leserinnen und Lesern.

## **Ehrenpreis für Finanzjournalisten 2012, Kategorie Print:**

### **Dominique Strebel und Martin Vetterli, Beobachter: «Wer hat, dem wird gegeben»**

Steuerschulplücker – mit diesem Dauerthema befassen sich Dominique Strebel und Martin Vetterli in ihrem Beitrag. Und dies in kritischer wie auch ratgebender Weise zugleich. Ja, das geht: Zum einen kritisieren sie die Möglichkeiten, die vor allem Unternehmern oder Grundeigentümern offen stehen, um Steuern zu sparen. Und auf der anderen Seite zeigen sie dabei auf, was man tun kann, um Steuern zu sparen. Keine Sorge: Beim «Beobachter» steht natürlich Kritisches zur Steuerersparnis im Mittelpunkt. Und dabei können die Autoren sich auf die Aussagen finanzökonomischer Experten stützen: Es macht bekanntlich wenig Sinn, durch allzu viele Spezialregeln das Steuersystem zu belasten, es aufwändig zu machen, und dadurch das Vertrauen in die Steuergerechtigkeit zu schwächen oder gar die Steuererlichkeit in Mitleidenschaft zu ziehen.

So zeigt der Beitrag auf, wie auch der «Normalbürger», wenn er sich denn nur schlau verhält, von Steuerregeln profitieren kann: Wer beispielsweise im Konkubinat mit einer Partnerin und Kindern lebt, kann ihr Unterhaltsbeiträge steuerfrei zukommen lassen. Wer jedoch verheiratet ist, der kann dies nicht – und zahlt höhere Steuern. Prämienverbilligungen bei Krankenkassen kann erzielen, wer als alleinerziehend mit Kindern sich anmeldet – obwohl der Konkubinatspartner in der gleichen Familie anwesend ist. Wer hat bei solchen Steueroptimierungsmöglichkeiten da noch Lust auf die Ehe?

Im Beitrag werden, natürlich, viele weitere legale Steuerspartips verraten. Und es wird auch gezeigt, mit Hilfe welcher Regeln und Formulare diese politisch gewollte Vielfalt von den Steuerverwaltungen beherrscht werden muss. Allein die Anweisung der Eidgenössischen Steuerverwaltung bezüglich der Familienbesteuerung umfasst knapp 60 Seiten. Je mehr Regeln und Formulare, desto mehr Beratung ist nötig, und im Gestrüpp der vielen Abzugsmöglichkeiten gehen vielen die Nerven verloren – und die Steuermoral schwindet. Die Steuerverwaltung kann ohnehin diese vielen Spezialregelungen nicht mehr systematisch prüfen, sie verlässt sich auf die Angaben und macht allenfalls Einzelprüfungen dann, wenn etwas offenkundig als unplausibel anzusehen ist. «Vertrauen ist gut, Kontrolle nicht möglich» – so resümieren die beiden Autoren in ihrem anregenden Beitrag.

Das Steuergestrüpp soll nicht verschwinden, und der Versuch der Zürcher FDP, mit der «Easy Swiss Tax» scheiterte ebenso wie andere Bemühungen, zu einem einfachen und transparenten Steuertarifsystem zu gelangen. Warum? Überall gibt es politische Sonderfälle, zumindest können Stände- und Nationalräte überall diese Sondertatbestände ausfindig machen und in die Gesetze aufnehmen lassen. Politikerinnen und Politiker wollen gewählt oder wiedergewählt werden, und sie versprechen deshalb Gerechtigkeit, auch Steuergerechtigkeit, für Wähler – und die haben nun einmal immer besondere Anliegen.

Der Beitrag von Strebel und Vetterli ist also durchaus kritisch ausgefallen, aber in ihm finden wir dennoch Rat: «Vier (fast) ganz legale Tricks» werden uns im Beitrag präsentiert. Wer da nicht auf neue Gedanken kommt... Abgerundet wird der Beitrag mit einem Interview mit einer St. Galler Ökonomin, die sich systematisch des Themas Steuergerechtigkeit annimmt.

Die Jury war von der Qualität des Beitrages überzeugt: Die Konsumentenperspektive wird überzeugend eingebracht. Es wird auf steueroptimierende Möglichkeiten konkret hingewiesen. Zugleich wird aber auch aufgezeigt, dass manche Optimierung möglicherweise zu Ungerechtigkeiten und zu erheblichen Unzufriedenheiten mit einzelnen Steuern oder gar dem gesamten Steuersystem führen kann. Zudem ist der Beitrag gut lesbar verfasst und exzellent bebildert.

## Jury-Mitglieder

### **Prof. Dr. Otfried Jarren**

Prof. Jarren ist Ordinarius für Publizistikwissenschaft und seit 2008 Prorektor der Universität Zürich. Von 1998 bis 2008 war er Direktor des Instituts für Publizistikwissenschaft und Medienforschung an der Universität Zürich. Prof. Jarren ist einer der führenden Journalistikprofessoren im deutschsprachigen Raum. Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen u.a. Kommunikations- und Medienpolitik sowie politische Kommunikation.

### **Kendris AG**

Kendris AG ist die führende unabhängige Schweizer Anbieterin von Trust-, Family-Office- und Treuhand-Dienstleistungen, nationaler und internationaler Steuer- und Rechtsberatung, Art Management sowie Accounting und Outsourcing für Privat- und Geschäftskunden. Das Unternehmen kombiniert das klassische Strukturierungsgeschäft (Trusts, Stiftungen und Gesellschaften) mit steuerlicher, juristischer und buchhalterischer Expertise, wobei die Vermögensverwaltung aus Unabhängigkeitsgründen bewusst ausgeschlossen wird. Zu den Kunden von Kendris zählen neben vermögenden Privatpersonen, Familien und Unternehmern auch Finanzinstitute, Anwaltskanzleien, Steuerberatungsfirmen, Unternehmen und Family Offices. Kendris hat weltweit Zugang zu erfahrenen Experten und ist vollständig im Besitz von Management und Mitarbeitenden. Zusätzlich zum Hauptsitz in Zürich ist Kendris mit Niederlassungen in Aarau, Basel, Genf, Lausanne und Luzern präsent. Über die Tochtergesellschaft Kendris GmbH (Kendris Austria) mit Sitz in Wien verfügt das Unternehmen zudem über eine EU-Zulassung als Vermögensberaterin. [www.kendris.com](http://www.kendris.com)

### **UBS AG**

UBS bietet Dienstleistungen für Privat-, Firmen- und institutionelle Kunden sowie für Retail-Kunden in der Schweiz und schöpft dabei aus 150 Jahren Erfahrung. Sie vereint ihre Geschäftsaktivitäten im Wealth Management, Asset Management und Investment Banking sowie die Retail-Banking-Aktivitäten in der Schweiz, um erstklassige Finanzlösungen zu liefern. UBS hat ihren Hauptsitz in Zürich und Basel und ist in mehr als 50 Ländern und an allen wichtigen Finanzplätzen mit Niederlassungen vertreten. Die Bank beschäftigt weltweit circa 65'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. UBS ist eine Aktiengesellschaft. UBS AG ist die Muttergesellschaft des UBS-Konzerns. Die Bank gliedert sich in vier Unternehmensbereiche sowie das Corporate Center. Die vier Unternehmensbereiche sind Wealth Management & Swiss Bank, Wealth Management Americas, Global Asset Management und Investment Bank. [www.ubs.com](http://www.ubs.com)

### **Liechtensteinische Landesbank AG / LLB Asset Management AG**

Die Liechtensteinische Landesbank AG (LLB) ist das traditionsreichste Finanzinstitut in Liechtenstein. Mehrheitsaktionär ist mit einem Anteil von 58% das Land Liechtenstein. Die Aktien sind an der SIX Swiss Exchange kotiert (Symbol: LLB). Die LLB-Gruppe bietet ihren Kunden umfassende Dienstleistungen im Wealth Management: als Universalbank, im Private Banking, im Asset Management sowie bei Fund Services und Trust Services. Mit ihrer 150jährigen Erfahrung, wegweisenden Ideen sowie massgeschneiderten Lösungen bietet sie ihren Kunden «persönliches Banking in Perfektion». Mit circa 1'100 Mitarbeitenden ist die LLB in Liechtenstein, an verschiedenen Orten in der Schweiz, in Österreich und in den Vereinigten Arabischen Emiraten (Abu Dhabi und Dubai) präsent. Per 31. Dezember 2011 verwaltete die LLB-Gruppe ein Kundenvermögen von insgesamt 48 Mrd. Franken. [www.llb.li](http://www.llb.li)

### **ING Investment Management**

ING Investment Management (ING IM) ist ein führender globaler Asset Manager mit über 320 Mrd. € Assets under Management. Zu den Kunden gehören private und institutionelle Investoren, Versicherungsgesellschaften, Family Offices und unabhängige Vermögensverwalter. Mit über 700 Investment-Experten und 2'900 Mitarbeitern ist ING IM in 25 Ländern in Nordamerika, Asien, Europa und im Nahen Osten vertreten. ING IM ist ein Geschäftsbereich von ING Insurance, die zur ING Group gehört. In Europa und dem Nahen Osten hat ING IM Standorte in 15 Ländern und verwaltet gut 150 Mrd. € Assets under Management. Darüber hinaus greift ING IM auf die internationalen Vertriebskapazitäten der ING-Gruppe zurück, um den Kunden weltweit integrierte Finanzdienstleistungen und -lösungen anbieten zu können. Das Spektrum der Investmentlösungen und Beratungsleistungen erstreckt sich über alle wichtigen Anlageklassen und -stile. Viele der ING-Strategien zählen zu den Spitzenprodukten in ihren Vergleichsgruppen. (Zahlen: Q4 2011, 31. Dezember 2011, AuM ohne ING IM Latin America und ING IM Australia) [www.ingim.ch](http://www.ingim.ch)

# PRIVATE

Das Geld-Magazin

## **BlackRock / iShares**

BlackRock ist ein weltweit führender Anbieter im Investmentmanagement, im Risikomanagement und in der Beratung von institutionellen und privaten Anlegern. Mit einem verwalteten Vermögen von über 3 Billionen US\$ bietet BlackRock Produkte an, die das gesamte Spektrum für individuelle Kundenbedürfnisse abbilden. Dazu gehören aktive und indexbasierte Strategien für unterschiedliche Anlageklassen und Märkte. Die Produkte werden in einer Vielzahl von Strukturen angeboten, u.a. in Spezialfonds, Publikumsfonds, ETFs und anderen gepoolten Investmentvehikeln. BlackRock hat seinen Hauptsitz in New York City, USA. Das Unternehmen beschäftigt rund 9'700 Mitarbeiter in 26 Ländern auf den wichtigsten Märkten weltweit. iShares von BlackRock ist der weltweit führende Anbieter von ETFs. Weltweit bietet iShares rund 500 Produkte an, in der Schweiz über 70. iShares Fonds lassen sich wie Aktien über die Börse kaufen und verkaufen und sind aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Kosten, steuerlichen Effizienz und flexiblen Handlungsmöglichkeiten für viele private und institutionelle Investoren attraktiv.  
[www.blackrock.com](http://www.blackrock.com) / [www.iShares.ch](http://www.iShares.ch)

## **InCore Bank AG**

InCore Bank AG, Swiss Banking Services, bietet als erstes eigenständiges Schweizer Unternehmen mit Bank- und Depotbankenbewilligung umfassende Services ausschliesslich für andere Finanzintermediäre an. Unter diese Services fallen alle üblichen Bankleistungen, welche an Dritte ausgelagert werden können. Hierzu zählen insbesondere Brokerage und Execution, Back-Office-Dienstleistungen (wie z.B. Settlement und Clearing, Corporate Actions, Zahlungsverkehr, Reconciliation etc.), Global Custody sowie die Bereitstellung von Informationen für das Reporting an Behörden und Kunden. InCore Bank AG ist eine Tochtergesellschaft der Maerki Baumann Holding AG, Zürich.  
[www.incorebank.ch](http://www.incorebank.ch)

## **Jefferies (Schweiz) AG**

1995 in der Schweiz als Tochter der Jefferies International Ltd., London, gegründet, ist Jefferies (Schweiz) AG in Beratung, Handel, Kauf und Verkauf von internationalen Wertschriften sowie in der Vermögensverwaltung auf dem Gebiet der internationalen Wandelanleihen tätig. Jefferies (Schweiz) AG verfügt über die Effektenhändlerlizenz und untersteht der Aufsicht durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht Finma. Im spezialisierten Bereich der internationalen Wandelanleihen nimmt Jefferies eine weltweit führende Rolle ein und bietet ihre Produkte und Dienstleistungen einem hochkarätigen institutionellen Kundenkreis im In- und europäischen Ausland an. Jefferies Group, Inc., mit Hauptsitz in New York, ist eine weltweit tätige Investmentbank und ein Wertpapierhaus mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot. Weltweit beschäftigt das Unternehmen rund 3'850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – wovon 900 in Europa und 170 in Asien – in über 30 Niederlassungen rund um die Welt.  
[www.jefferies.ch](http://www.jefferies.ch)

## **DZ Privatbank (Schweiz) AG**

Die DZ Privatbank (Schweiz) AG ist eine 100%-Tochter der DZ Privatbank S.A. in Luxemburg und ein Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe in Deutschland. Die DZ Privatbank Gruppe als subsidiärer Partner der deutschen Genossenschaftsbanken beschäftigt an Standorten in Deutschland, Luxemburg, Singapur und Zürich fast 1'000 Mitarbeiter. Sie hat einen internationalen Multi-Shoring-Auftritt mit klaren Teilstrategien. In diesem Konzept spielt die Schweiz und damit die DZ Privatbank (Schweiz) AG eine bedeutende Rolle, denn sie verfügt über konkrete Standortvorteile aus Sicht des Kundenbedarfs – z.B. Kompetenz, Berechenbarkeit, Stabilität, Datenschutz und Verlässlichkeit – wenn Kunden ihre Anlagen auch grenzüberschreitend diversifizieren wollen. Durch die Nähe zu Deutschland und die Verwurzelung in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe ist für einen deutschen Kunden in der Schweiz gewährleistet, dass seine Bank die Gegebenheiten am Steuerdomizil des Kunden genauso gut kennt wie die in der Schweiz – das reicht bis zum Steuerreporting nach deutschem Recht. Die DZ Privatbank (Schweiz) AG bietet ihre Dienstleistungen auch Schweizer Kunden an.  
[www.dz-privatbank.com](http://www.dz-privatbank.com)

# PRIVATE

Das Geld-Magazin

## **Threadneedle Investments**

Threadneedle Investments (UK) und ihre Schwestergesellschaft Columbia Management (USA) bilden zusammen mit einem Anlagevermögen von 445 Mrd. US\$ einen der grössten Investmentmanager der Welt. Die Gruppe verwaltet Anlagevermögen von Pensionskassen, Versicherungsunternehmen, Privatinvestoren und Anlagefonds weltweit und offeriert Anlageklassen wie globale Aktien, Obligationen, Mischvermögen sowie Alternative Anlagelösungen. Threadneedles Anlagephilosophie basiert auf einem aktiven, fundamentalen Investmentansatz und produziert erstklassige Performance in verschiedenen Marktzyklen. Der Morningstar Award 2012 honorierte Threadneedle als besten Vermögensverwalter in Aktienanlagen. Lokale Servicezentren, darunter Zürich und Genf, bedienen die Investoren vor Ort mit höchster Beratungsqualität.  
[www.threadneedle.ch](http://www.threadneedle.ch)

## **Bär & Karrer Rechtsanwälte**

Bär & Karrer ist eine der führenden Schweizer Kanzleien für Wirtschaftsrecht und deckt sämtliche Aspekte des Wirtschaftsrechts ab. Da die Kanzlei mehr als 120 Juristen zählt, können auch komplexe Fälle kurzfristig übernommen und eine flexible und individuelle Beratung gewährleistet werden. Zu den Kunden zählen national und international tätige Unternehmen sowie Privatklienten aus dem In- und Ausland. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen regelmässig grenzüberschreitende Sachverhalte, die auch in Zusammenarbeit mit führenden ausländischen Korrespondenzkanzleien gelöst werden.  
[www.baerkarrer.ch](http://www.baerkarrer.ch)

## **Advokaturbüro Dr. Seeger / ArComm**

Das Advokaturbüro Dr. Seeger und die ArComm Treuhand Anstalt bieten ihren Kunden u.a. umfassende Beratung und Unterstützung in internationalen Finanz- und Steuerfragen, bei der Gründung und Verwaltung in- und ausländischer Gesellschaften, bei Treuhandangelegenheiten und in der Vermögensberatung und -verwaltung. Zu den Kernkompetenzen gehören zudem Rechtsberatung und Rechtsvertretung u.a. bei Vertragsgestaltung und bei der Registrierung und Überwachung von Marken, Lizenzen und Patenten. Das Advokaturbüro und die Treuhand Anstalt gehören zu den führenden Anbietern der entsprechenden Dienstleistungen in Liechtenstein.  
[www.seeger.li](http://www.seeger.li)

## **Frankfurter Bankgesellschaft Schweiz**

Zur Frankfurter Bankgesellschafts-Gruppe gehören die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (Zürich), die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG (Frankfurt), das Family Office Nötzli, Mai & Partner AG (Zürich) und die LB (Swiss) Investment AG (Fondsleitungsgesellschaft, Zürich). Mit rund 7 Mrd. Franken verwalteten Vermögen gehört die Gruppe zu den leistungsstärksten und grössten Schweizer Finanzinstituten mit deutschen Eigentümern in der Schweiz. Die Gruppe steht für ganzheitliche Beratung von Private-Banking- und Wealth-Management-Kunden. Ihre Historie datiert zurück bis ins Jahr 1955. Allein-Aktionärin ist die Landesbank Hessen-Thüringen.  
[www.frankfurter-bankgesellschaft.ch](http://www.frankfurter-bankgesellschaft.ch)

## **Bank Linth**

Die Bank Linth ist eine regional verankerte Universalbank mit aussergewöhnlicher Kundennähe, ausgezeichnetem, persönlichem Kundenservice und attraktiver Angebotspalette. Die 1848 gegründete Bank Linth bedient rund 67'000 Kundinnen und Kunden an 24 Standorten zwischen Winterthur und Bad Ragaz. Das börsenkotierte Unternehmen befindet sich mehrheitlich im Besitz der Liechtensteinischen Landesbank AG sowie weiteren über 9'800 überwiegend in der Region wohnhaften Aktionären. Die Bank Linth steht für richtig einfache Bankgeschäfte und zeichnet sich durch aussergewöhnliche Zugänglichkeit, Aufmerksamkeit und Klarheit in Wort und Schrift aus.  
[www.banklinth.ch](http://www.banklinth.ch)

# PRIVATE

Das Geld-Magazin

## **BNP Paribas Investment Partners**

Die Asset-Management-Sparte der BNP Paribas Gruppe gehört mit einem verwalteten Vermögen von über 600 Mrd. Franken, mehr als 3'500 Mitarbeitern und einer Präsenz in 43 Ländern zu den grössten Vermögensverwaltern weltweit. Das Angebot umfasst sämtliche Investmentlösungen – von traditionellen Portfolios bis zu alternativen Produkten, von fundamentalen bis zu quantitativen Ansätzen und von aktivem Management bis zu ETFs. Ob Aktien, Obligationen, Geldmarkt-, Rohstoff-, Währungs- oder Alternative Anlagen, das Spektrum an abgedeckten Anlageklassen ist eines der weltweit grössten, innovativsten und diversifiziertesten der Branche. Verwaltet werden sie in einem oder mehreren von über 60 eigenständigen Investmentzentren – jedes ein Spezialist auf seinem Gebiet. BNP Paribas Investment Partners verbindet die finanzielle Stärke und die strenge Risikokontrolle eines grossen Unternehmens mit der Reaktionsschnelligkeit, der Spezialisierung und dem unternehmerischen Denken von Investmentboutiquen.

*www.bnpparibas-ip.ch*

## **Jyske Bank (Schweiz) AG**

Wir sind in Dänemark verwurzelt und seit 40 Jahren in der Schweiz zu Hause. Unsere Wurzeln spüren Sie im Umgang mit uns sehr schnell; Sie werden eine ausgewogene Balance zwischen ernsthaftem und ungezwungenem Dialog erleben, geprägt durch Offenheit und natürlichen Respekt für Ihre Werte. Wir beraten Sie immer auf Augenhöhe. Natürlich überzeugen wir Sie auch mit unseren Leistungen. Als Kunde steht Ihnen jederzeit ein persönlicher Berater zur Seite, der Ihre komplette finanzielle Situation umsichtig analysiert. Dank unserem 360° Wealth Management Service bieten wir Ihnen Lösungen sowohl für Ihr privates wie auch für Ihr Vorsorgevermögen an. Weder unser Management noch unsere Mitarbeitenden kennen ein Bonus-System; trotzdem (oder vielleicht gerade deshalb) haben wir beim internationalen Banken-Stresstest ein Top-Resultat erzielt. Denken Sie im Private Banking neu und sprechen Sie mit uns.

*www.jyskebank.ch*

## **Bellecapital**

Bellecapital ist eine der grösseren unabhängigen Vermögensverwaltungsgesellschaften in der Schweiz mit Sitz in Zürich. Zu den Zielkunden des Unternehmens gehören vermögende Familien mit schweizerischer und internationaler Herkunft. Seit 2011 fokussiert Bellecapital über ihre SEC-registrierte Einheit Bellecapital Intl. AG auch auf die Betreuung von US-Kunden. Das genaue Verständnis der Anlageziele sowie der Risikotoleranz und -fähigkeit der Kunden bilden die Basis für die Verwaltung der Kundenportfolios. Performance betrachten wir absolut und nicht relativ zu einem Index. Die Allokation der wichtigsten Anlageklassen basiert auf einem systematischen, strukturierten Anlageprozess, und die Auswahl der geeigneten Wertpapiere erfolgt nach einer detaillierten fundamentalen Analyse des entsprechenden Investments. Korrektes ethisches Verhalten und ein Höchstmass an Transparenz gehören zum unabdingbaren Verhaltenskodex von Bellecapital.

*www.bellecapital.com*

## **Source**

Source zählt mit einem verwalteten Vermögen von über 9 Mrd. US\$ zu den führenden Anbietern von Exchange Traded Products (ETPs) in Europa und erreichte 2011 die dritthöchsten Nettomittelzuflüsse unter den ETP-Anbietern. Seit dem Markteintritt 2009 zielt Source darauf ab, europäischen ETP-Investoren durch eine Kombination aus innovativen Indizes, optimalen Strukturen und aktivem Handel einen Mehrwert zu bieten. Die Produktpalette umfasst rund 100 Exchange Traded Funds (ETFs) und Exchange Traded Commodities (ETCs) aus den Anlageklassen Aktien, Fixed Income, Alternatives und Rohstoffe. Source profitiert von der Zusammenarbeit mit seinen Anteilseignern Bank of America Merrill Lynch, Goldman Sachs, J.P. Morgan, Morgan Stanley und Nomura sowie der Kooperation mit den strategischen Partnern Pimco, Man Group und Legal & General Investment Management.

*www.source.info*

## **PRIVATE**

Das Private-Banking-Magazin PRIVATE wurde 1999 gegründet. Das Heft erscheint 6 Mal pro Jahr in einer Auflage von fast 40'000 Ex. Herausgeber ist der AAA Publications Verlag in Schaffhausen.

*www.private.ch*